

INVESTITIONEN FÜR TRANSFORMATION



WANDEL MUSS GESTALTET WERDEN

Klimawandel, Digitalisierung, Globalisierung, eine alternde Gesellschaft und zuletzt Corona – all das sorgt für große Veränderungen in unserem beruflichen und privaten Alltag. Der Wandel wirkt manchmal beängstigend. Doch wir können ihn gestalten. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bekennen sich klar zu den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens. Die notwendige sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, die längst begonnen hat, muss Verbesserungen für Menschen und Umwelt bringen. Für uns ist klar: Wer die Klimaziele erreichen will, muss auch in Zukunft für gute Arbeit sorgen. Klimaneutralität lässt sich nicht gegen die Beschäftigten durchsetzen, sondern nur mit ihnen.

Es geht ums Geld: Für die Zukunft

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht: Nicht der Markt regelt die Krise, sondern ein handlungsfähiger Staat. Bund, Länder und Kommunen müssen Geld in die Hand nehmen und massiv investieren: In Schienen, Straßen und Radwege, Energienetze, bezahlbare Energie, schnelle Internetverbindungen, gute Bildung und ein starkes Gesundheitssystem. Dienstleistung und Industrie müssen für das Erreichen der Klimaneutralität fit gemacht und modernisiert werden. Damit sich neue, ressourcenschonende Technologien durchsetzen, muss der Staat sie fördern, etwa über Klimaschutzverträge. Es sollte ferner einen sogenannten „Transformationsfonds“ geben, durch den der Staat Geld für die Modernisierung der Wirtschaft bereitstellt. Außerdem können Bund, Länder und Kommunen auch selbst klimaneutrale Produkte nachfragen, indem zum Beispiel bei öffentlichen Bauprojekten eine Quote für „grünen Stahl“ gilt.

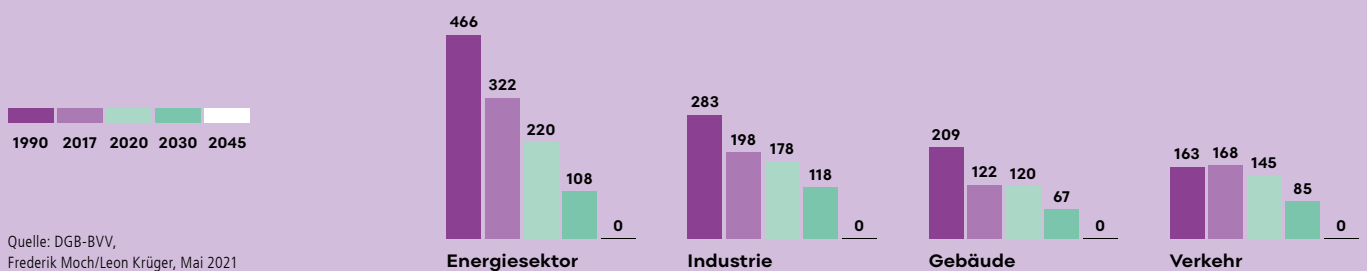
Dabei darf die Politik die soziale Balance nicht aus dem Blick verlieren. Viele der bestehenden Instrumente wie zum Beispiel die CO₂-Bepreisung im Bereich Wärme und Verkehr oder die EEG-Umlage zur Ökostromförderung belasten Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen besonders stark. Das ist ungerecht und polarisiert die Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit in der Gestaltung der Transformation ist deshalb oberstes Gebot.

Neue Arbeit, bewährte Standards

Mit dem Strukturwandel entstehen neue Unternehmen sowie ganz neue Wirtschaftszweige und Wertschöpfungsketten. Dazu zählen die sogenannte Plattformökonomie, neue Mobilitätskonzepte wie zum Beispiel Car-Sharing oder Elektroscooter, neue Klimaschutztechnologien, die Elektromobilität oder die Wasserstoffwirtschaft. Gleichzeitig wandeln sich Aufgaben und Arbeitsbereiche von Beschäftigten durch die Digitalisierung oder durch neue Herstellungsverfahren, auch in bestehenden Betrieben.

Der Anpassungsdruck der Wirtschaft darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Hart erkämpfte Errungenschaften wie gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und betriebliche Mitbestimmung sind auch weiterhin das Fundament für Wohlstand in Deutschland. Gute Bezahlung ist außerdem das beste Mittel gegen eine soziale Spaltung in Arm und Reich. Die Mitbestimmung durch Arbeitnehmer*innen in Betrieben und großen Unternehmen sorgt für demokratische Teilhabe der Belegschaften, fördert Innovationen sowie langfristige Unternehmensstrategien. Studien haben gezeigt, dass mitbestimmte Unternehmen mehr für den Klimaschutz tun.

Abb. 1: Emissionen nach Sektoren bis 2050



Qualifiziert und sicher durch die Transformation

Niemand soll zurückbleiben – das ist unser Anspruch für den bevorstehenden Wandel. Wir brauchen deshalb einen Ansatz, der Klimapolitik mit Arbeitsmarkt-, Struktur-, Bildungs- und Sozialpolitik zusammendenkt.

Die Transformation kann am besten von gut qualifizierten Arbeitnehmer*innen gestaltet werden. Für neue Aufgaben und Berufe müssen sie sich weiterbilden können. Wer Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes hat, braucht eine verlässliche berufliche Perspektive. Dies kann gelingen, wenn alle die Chance haben, neue Fähigkeiten zu erlernen: Egal in welchem Alter und mit welchem Bildungsabschluss. Notwendig ist deshalb eine breite Qualifizierungsoffensive mit Blick auf Klimaneutralität und Digitalisierung – in den bewährten Systemen der Aus- und Weiterbildung. Die Erfolgsgeschichte der dualen Berufsausbildung soll fortgeschrieben und an neue Anforderungen des Strukturwandels angepasst werden.

Starke Regionen

Abgehängte Regionen bedeuten abgehängte Menschen. Das können wir uns nicht leisten. Viele Regionen – egal ob wirtschaftlich „stark“ oder „schwach“ – stehen vor großen Herausforderungen. Der Staat muss eine proaktive Strukturpolitik entwickeln. Das bedeutet, dass der Staat eingreift, bevor es überhaupt zu Strukturbrüchen in den Regionen kommt. Mit dem von der Strukturwandelkommission erarbeiteten Kohlekompromiss wird ein Ansatz verfolgt, der einerseits die Beschäftigten in der Kohle- und Energiewirtschaft absichert und andererseits neue wirtschaftliche Perspektiven in den Revieren schafft. So sollen mit Strukturhilfen neue Arbeitsplätze etwa im Bereich innovativer Energie- und Mobilitätstechnologien geschaffen werden.

Für die Gestaltung der Transformation gilt es, vorausschauend in die Zukunft zu investieren anstatt im Nachlauf Strukturbrüche und soziale Problemlagen zu finanzieren. Es ist sinnvoll, wenn der Staat den Unternehmen einer Region bei der wirtschaftlichen Neuausrichtung hilft und damit im Gegenzug Arbeitsplätze zukunftsfähig gemacht werden können. Dadurch werden tausende Arbeitsplätze gesichert und gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen.

Um die Transformation in den Regionen zu gestalten, braucht es Leitbilder, wohin sich eine Region entwickeln soll. Es sollten deshalb flächendeckend in Deutschland Transformationsräte etabliert werden. Sie bringen u.a. Expert*innen aus Verwaltung, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften vor Ort zusammen, um gemeinsam eine wirtschaftliche Neuausrichtung der Region zu entwickeln. Die Arbeit des Transformationsrats in Rheinland-Pfalz zeigt beispielsweise deutlich, was gemeinsam geleistet werden kann.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität

Klimaziele sind wichtig. Wir brauchen ergänzend konkrete, wirkungsvolle Maßnahmen, die CO₂ einsparen, aber weder Menschen noch Wirtschaft überfordern. Notwendig sind erneuerbare Energien in der Mobilität, Industrie, Strom- und Wärmeerzeugung. Dafür müssen wir viel mehr erneuerbare Energien verlässlich ausbauen, transportieren und speichern. Die EEG-Umlage sollte zukünftig über den Bundeshaushalt finanziert, und die Stromsteuer auf das gesetzlich erlaubte Minimum

reduziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Mobilität klimafreundlich, für alle zugänglich und bezahlbar ist. Neue Mobilitätskonzepte müssen den Menschen wirkliche Alternativen anbieten – zum Beispiel ein besser ausgebauter ÖPNV oder Car-Sharing-Angebote.

Digitalisierung gestalten

Oft haben wir das Gefühl, die Digitalisierung schreitet einfach voran, und wir müssen mithalten. Sie ist aber das Werk von Menschen und kann von Menschen gestaltet werden. Digitale Techniken müssen das Leben verbessern und einen Beitrag zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit leisten. Die Umsetzung der Digitalisierung in Unternehmen muss von Anfang an beteiligungsorientiert erfolgen. So trägt das Wissen der Beschäftigten dazu bei, bessere und realitätstaugliche Lösungen zu finden.

Digitale Plattformen wie man sie beispielsweise zur Handwerker-Vermittlung oder im Bereich der Lieferdienste kennt, können große Chancen bieten: Sie erleichtern Suchprozesse, bringen Menschen zusammen, bauen neue Geschäftsmodelle auf. Sie dürfen aber kein Einfallstor für schlecht bezahlte und prekäre Arbeit werden. Leider ist dies viel zu oft der Fall. Die sogenannten Clickworker*innen müssen unter denselben sozialen, steuerlichen und verbraucherpolitischen Standards arbeiten können wie herkömmliche Beschäftigte. Dazu ist es notwendig, dass die Erwerbstätigen in der Plattformökonomie (egal ob formal selbstständig oder angestellt) das Recht haben, sich zusammenzuschließen und gemeinsam über Einkommen und Arbeitsbedingungen zu verhandeln.

DER DGB FORDERT:

- Gerechte Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft
- Ausweitung und Förderung von öffentlichen und privaten Investitionen in die Transformation, etwa einen Transformationsfonds und Einführung von Klimaschutzverträgen
- Klimaneutraler Umbau bestehender Wirtschaftsstrukturen und Erhalt vorhandener Wertschöpfungsnetzwerke aus Industrie und Dienstleistungen
- Ausbau einer nachhaltigen Energie-, Verkehrs- und digitalen Infrastruktur, Hand in Hand mit umfassender Qualifizierung, guten Arbeitsbedingungen und der Schaffung zukunftsfähiger und mitbestimmter Arbeitsplätze
- Beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien und Aufbau einer Wasserstoff-Wirtschaft
- Senkung der Stromkosten für Unternehmen und private Haushalte, etwa durch Steuerfinanzierung der EEG-Umlage
- Proaktive Strukturpolitik für die Regionen und Einrichtung von Transformationsräten
- Digitalisierung gestalten und gute Arbeitsbedingungen in der Plattformökonomie